



Merkel und andere machen die Nacht durch

dpa | Meldung vom 15.07.2015



Klasse 5

Brüssel (dpa) - Sie sah aus, als hätte sie durchgefeiert: Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel wirkte am Morgen des 13. Juli sehr müde. Und der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras auch. Die beiden waren aber bei keiner Party, sondern hatten mit anderen Politikerinnen und Politikern die ganze Nacht verhandelt und diskutiert. 17 Stunden lang! Denn es ging um eine wichtige Entscheidung. Und dabei wollte zunächst keiner so richtig nachgeben.



Bei der Entscheidung ging es um viel Geld und die Frage, wie es mit Griechenland in Zukunft weitergeht. Griechenland hat sich viele Milliarden Euro geliehen, auch von anderen Ländern. Es ist hoch verschuldet und versucht, die Schulden zurückzuzahlen. Aber die griechische Wirtschaft läuft gar nicht gut. Das Land kann nicht mehr zahlen.

Welchen Ausweg gibt es? Griechenland bildet mit anderen Ländern in Europa eine Gemeinschaft, vor allem mit Ländern, in denen auch mit Euros bezahlt wird. Deutschland, Frankreich, Finnland, Italien und andere gehören dazu. Diese Euro-Länder haben bisher schon öfter dafür gesorgt, dass Griechenland sogenannte Hilfskredite bekommt. Ein Kredit ist Geld, das man leiht und später wieder zurückzahlt.

Jetzt ging es darum, ob Griechenland neue Kredite bekommen soll. Die Euro-Länder stellten dafür strenge Regeln auf. Griechenland sollte nur dann weitere Milliarden Euro bekommen, wenn es noch mehr als bisher spart. Darüber gab es in den vergangenen Monaten immer wieder heftigen Streit. Die Meinungen gingen völlig auseinander.

Tsipras fand: Wenn wir noch mehr sparen, kommt unsere Wirtschaft gar nicht in Schwung. Und die Menschen in Griechenland leiden noch mehr. Viele Menschen seien schon jetzt arm. Auch für Krankenhäuser, Schulen und vieles andere fehle Geld, sagte Tsipras. Er hatte die Menschen in Griechenland vor der Nacht-Sitzung abstimmen lassen, ob er auf die Bedingungen der Geldgeber in Brüssel eingehen solle. Die Mehrheit stimmte mit "Ochi". Das bedeutet auf Griechisch: Nein.

Die Euro-Länder dagegen meinten: Griechenland gibt immer noch zu viel Geld aus und tut zu wenig dafür, dass es der Wirtschaft besser geht. Außerdem laufe in vielen Ämtern und Behörden vieles schief. Die Länder wollen mit Griechenland nur dann über weitere Milliarden-Kredite verhandeln, wenn sich all das ändert. Aus Deutschland kam auch der Vorschlag, dass Griechenland für einige Zeit nicht mehr zu der Euro-Gemeinschaft gehören soll. Der Gedanke ist für viele erschreckend. Dass ein Land beim Euro nicht mehr mitmacht, gab es noch nie. Fachleute sind sich uneinig, wie sich das auswirken könnte. Einige fürchten, Griechenland würde es dann noch schlechter gehen.



Merkel und andere machen die Nacht durch

dpa | Meldung vom 15.07.2015



Klasse 5

Schließlich ging es vor allem um diese Fragen: Wie viel Geld soll Griechenland genau bekommen? Und an welche Vorschriften muss sich das Land dafür halten? Darüber verhandelten Merkel, Tsipras und andere Politikerinnen und Politiker in Brüssel die ganze Nacht. Einigen Journalisten fielen zwischendurch schon die Augen zu. Und immer wieder drohten die Gespräche zu scheitern.

"Um sechs Uhr morgens sagten alle: Es geht nicht, wir brechen ab", erzählte ein Mann, der bei den Gesprächen dabei war. Der Leiter der Verhandlungen habe aber klar gemacht, dass es keine andere Möglichkeit gebe: "Wir bleiben in diesem Raum, bis wir uns geeinigt haben", sagte er. Und so blieben alle. Und verhandelten weiter. Am frühen Morgen schickte dann ein Politiker die Nachricht: "Einigung".

Der Vorschlag sah so aus: Die Euro-Länder sind bereit, mit Griechenland über weitere Milliarden-Kredite zu verhandeln, wenn das Land dafür streng spart, einige Unternehmen sowie anderen Besitz verkauft und seine Politik stark verändert, und zwar schnellstens.

Ist das eine gute Lösung? Darüber waren Menschen in Deutschland, Griechenland und anderen Ländern verschiedener Meinung. Viele zeigten sich erleichtert, dass man überhaupt zu einem Ergebnis gekommen war. Einige fanden es richtig, dass vor allem Deutschland auf strengen Regeln bestanden hatte. Andere dagegen übten schwere Kritik: Die deutsche Kanzlerin sei viel zu hart gewesen.

Wie die Sache am Ende ausgeht, war zunächst ohnehin unklar. Ob der Vorschlag aus Brüssel angenommen wird, darüber mussten etwa die Politikerinnen und Politiker in Griechenland, Deutschland und anderen Ländern in den Tagen nach der Nacht-Sitzung noch abstimmen.